

Vorlage, DS-Nr. 2023/0206/1

öffentlich

Beratungsfolge	Sitzung am:	Ja	Nein	Enth.
Haupt- und Finanzausschuss	28.03.2023			
Rat	02.05.2023			

Betreff: Änderungen zum Stellenplan 2023

Beschlussentwurf:

Der Rat der Stadt Troisdorf beschließt die in der Anlage 1 aufgeführten Änderungen zum Stellenplan 2023..

Auswirkungen auf den Haushalt:

Finanzielle Auswirkungen: Ja

Haushaltsjahr:

2023	Einsparungen	0 €
	Mehrausgaben	194.500 €
€		
2024	Einsparungen	0 €
	Mehrausgaben	336.800 €

Auswirkungen auf das Klima:

Klimarelevanz: entfällt

Sachdarstellung:

In der Bauordnungsverwaltung haben die gesammelten Erfahrungen im Rahmen der Einführung und Weiterentwicklung des genutzt EDV-Programms und des damit verbundenen Digitalisierungsaufwandes sowie die Zunahme von Akteneinsichten im Bereich der Registratur zu einem nicht nur vorübergehenden Personalmehrbedarf geführt. Dieser soll nun durch die Schaffung einer Stelle und der dadurch möglichen Entfristung eines Beschäftigungsverhältnisses dauerhaft Rechnung getragen

werden.

Die Digitalisierung der Troisdorfer Schulen schreitet voran. Dadurch entsteht ein Betreuungsbedarf der digitalen Infrastruktur in den Schulen, der weder vor Ort noch durch die städtische IUK gedeckt werden kann. Durch die Übernahme eines Auszubildenden im Sommer 2023 soll dieser Bedarf gedeckt werden. Ca. 90 % der dadurch entstehenden Personalkosten werden aus der Förderung der Schuldigitalisierung gedeckt werden.

Im Bereich des Mehrgenerationenhauses machen personelle Veränderungen eine Neuausrichtung der pädagogischen Arbeit nötig. Hierzu wurden Stellenzuschnitte organisatorisch betrachtet und neu konzipiert. Insgesamt ist die Neuausrichtung kostenneutral zu realisieren, macht aber stellenplanmäßige Anpassungen nötig.

Nach Ausbruch des Ukrainekriegs wurde der Bereich Flüchtlingsbetreuung befristet um eine Vollzeitkraft verstärkt, um den akuten Betreuungsbedarf zu decken. Da sich der Bedarf an Betreuung in den Flüchtlingsunterkünften auf absehbare Zeit nicht verändern wird, ist es notwendig, eine unbefristete Stelle einzurichten.

Die gesetzliche Wohngeldreform führt derzeit zu einer Verdreifachung der eingehenden Neuanträge zuzüglich eine hohen Anzahl von Überprüfungsanträgen. Die im vergangenen Jahr eingerichteten zwei VZÄ können dieses hohe zusätzliche Arbeitsaufkommen nicht bewältigen. Daher ist es notwendig, weitere zwei zusätzliche Stellen einzurichten. Diese Aufstockung von 2 auf dann insgesamt 6 Stellen entspricht dem derzeitigen Antragsaufkommen.

Die Einbürgerungskampagne der Stadt Troisdorf zeigt Wirkung. Die Antragszahlen haben sich in 2022 gegenüber dem Vorjahr fast verdoppelt und auch für 2023 wird eine weitere deutliche Steigerung erwartet. Die derzeitige personelle Ausstattung wird dieses Antragsaufkommen nicht zeitnah abarbeiten können. Die durchgeführte Personalbemessung hat einen zusätzlichen Bedarf von einer Vollzeitstelle ergeben.

Darüber hinaus wurden Stellenbewertungs- und Stellenbemessungsergebnisse im Zusammenhang mit personellen Veränderungen und Ergebnisse aus Stellenbewertungsanträgen abgebildet.

Alle Veränderungen sind im Einzelnen in der Anlage 1 aufgeführt. Die stellenplanmäßigen Auswirkungen sind der Anlage 2 zu entnehmen. Die Verwaltung empfiehlt dem Rat der Stadt Troisdorf, die in der Anlage 1 aufgeführten Stellenplanänderungen zu beschließen..

Tanja Gaspers
Erste Beigeordnete

